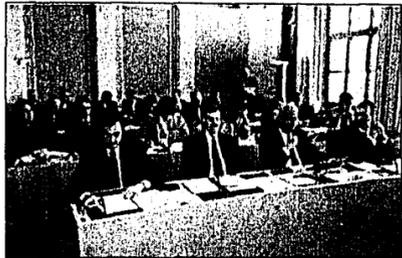


**LANDTAG IN KÜRZE**

**Medienkommission gewählt**

VADUZ – Der Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung die Mitglieder der Medienkommission gewählt. Es sind dies:

- Michael Biedermann (FBP) als Präsident (bisher / 23 Stimmen)
- Daniel Quaderer (VU) als Vizepräsident (bisher / einhellig)
- Michaela Braun, (FBP, bisher / 25 Stimmen)
- Erich Niederer (bisher / 25 Stimmen)
- Thomas Ritter, (FBP, bisher / 25 Stimmen)
- Marcel Ritter (VU, neu / 25 Stimmen)
- Joachim Batliner (FL, neu / 24 Stimmen)



Aus der Kommission ausgeschieden ist der Vertreter der Freien Liste, Sigvard Wohlwend. Bereits in der Vergangenheit wurde im Landtag eine allfällige Befangenheit des ehemaligen Kommissionsmitgliedes' diskutiert, zumal er als freier Journalist für einzelne Medien Liechtensteins (Wirtschaft regional sowie fl-info) tätig ist. Nach dem Ausscheiden Wohlwends sollte die Unabhängigkeit der Medienkommission gewährleistet sein. (pk)

**27 kleine Anfragen**

VADUZ – Im Landtag wurden gestern Mittag 27 kleine Anfragen an die Regierung gerichtet. Diese Anfragen werden laut Geschäftsordnung am Schluss der Landtagssitzung (heute Abend) durch die Regierungsmitglieder beantwortet. Nachstehend die kleinen Anfragen der jeweiligen Abgeordneten stichwortartig im Überblick. (M. F.)

**Alois Beck (FBP)**

- Behindertengleichstellung

**Peter Lampert (FBP)**

- Ernährungslehre an Schulen
- Lärmschutz
- Telefon-Aufzeichnungen
- Theorie-Fahrprüfung

**Ingrid Hassler-Gerner (VU)**

- Opferhilfegesetz
- Taggeldversicherung

**Ivo Klein (VU)**

- Finanzplatz-Gutachten
- Stiftungsrechtsrevision
- Trust-Übereinkommen
- Vermögensverwalter-Beruf
- Telefonie
- Radio L
- Pensionskasse

**Dorothee Laternser (VU)**

- Falsche NBU-Abzüge
- Amtliches NBU-Merkblatt

**Alexander Marxer (VU)**

- Polizeikontrollen

**Hugo Quaderer (VU)**

- Jugendschutz und Alkohol
- Weihnachtsbaum Wien

**Erich Sprenger (VU)**

- Tag der offenen Tür Sicherheitszentrum

**Peter Sprenger (VU)**

- EU-Zinsertragsbesteuerung
- Regierungs-Inserate

**Walter Vogt (VU)**

- Heilpädagogisches Zentrum
- Alternatives Verkehrsmittel

**Paul Vogt (VU)**

- Baustopp beim Landtagsgebäude
- Parkplatzvorschriften
- Doppelbesteuerungsabkommen
- Praktikanten bei der Landesverwaltung

# Hausarztsystem mit Nachwehen

Landtag genehmigt Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen

VADUZ – Der Landtag genehmigte gestern Abend zwei Sammelvorlagen mit Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen. Den Bärenanteil dieser Sammelvorlagen machen höhere Staatsbeiträge an die Krankenkassen: Diese schlagen – neben dem ordentlichen Budget von 48 Millionen – mit weiteren drei Millionen zu Buche.

• Peter Kindle

Eigentlich konnte die Regierung davon ausgehen, dass die Gesundheitskosten um etwa 8 Prozent steigen würden. Weit gefehlt, denn aufgrund der von den Krankenversicherern abgelieferten Daten ergab sich eine Kostensteigerung um 11,2 Prozent für das Jahr 2003. Dies führt – gesetzlich bedingt – zu einer Erhöhung der Staatsbeiträge an die Krankenkassen.

**11,2 Prozent statt 8 Prozent**

Die Regierung hatte 48 Millionen Franken in das Budget für das Jahr 2004 aufgenommen, um die Staatsbeiträge an die Krankenkassen zu finanzieren. Die Teuerung von 11,2 Prozent im Gesundheitswesen führt nun aber dazu, dass eine Kreditüberschreitung von 3 Millionen Franken vom Landtag



Der Landtag genehmigte gestern mehrere Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen. Den Bärenanteil machten die drei Millionen Franken im Gesundheitsbereich aus.

genehmigt werden musste.

**Hausarztmodell wirkt nach**

Die finanziellen Nachwehen und Bauchschmerzen bereitete das von der Regierung Frick ins Leben gerufene Hausarztmodell, welches nun aber abgelöst wurde. In den Übergangsbestimmungen des neuen KVG wurde festgehalten, dass aufgerundet 5,3 Millionen Franken als zusätzlicher Staatsbeitrag in Form einer Ausgleichszahlung für die bisherigen Aufwendungen in der Startfinanzierung ins Budget

2004 aufgenommen werden.

**Weitere Nachtragskredite**

Neben den 3 Millionen, welche vom Staat an die Krankenkassen fließen, genehmigte der Landtag weitere Nachtragskredite: So wurden 550 000 Franken bei den Kollegialgerichten genehmigt, da deutlich mehr Fälle beim Staatsgerichtshof und grosse, komplexe Fälle beim Kriminalgericht angefallen waren. 961 000 Franken machte eine Kreditüberschreitung der Fach-

hochschule Liechtenstein aus: Aufgrund der stark wachsenden Anzahl an Studierenden an der Liechtensteiner Hochschule ist auch eine entsprechende Steigerung der Pro-Kopf-Beiträge zu verzeichnen gewesen.

Weitere Nachtragskredite betrafen Winterdienst, Amtshaftungen, Historikerkommission, die Internationale Bodenseekonferenz, Gehälter von Lehrpersonen, die Milchwirtschaft, Expertenkosten sowie einen Beitrag an die Pfadfinder für das World-Moot in Taiwan.

## «Positiv, aber auch Kehrseite der Medaille»

EWR-Erweiterungsabkommen: Landtag genehmigt Kredit über 7,2 Millionen

VADUZ – Der Landtag genehmigte gestern einen Finanzabschluss über 7,2 Millionen Franken. Damit beteiligt sich Liechtenstein am EWR-Finanzmechanismus für die Jahre 2004 bis 2009. Bedingt durch die Erweiterung der EU um zehn Staaten werden für unser Land neue Chancen und Perspektiven eröffnet. Die Wirtschaft kann von der Erweiterung des Binnenmarktes profitieren.

• Peter Kindle

Auf den 1. Mai dieses Jahres soll die Europäische Union und damit ihr Binnenmarkt durch zehn neue Mitgliedsstaaten erweitert werden. Diese Erweiterung hat auch unmittelbaren Einfluss auf das EWR-Abkommen, dem Liechtenstein im Jahre 1995 beigetreten ist. Während

sämtliche EU-Staaten – mit Ausnahme des Vorsitzlandes Italien – und die zehn Beitrittskandidaten das Erweiterungsabkommen bereits am 13. Oktober unterzeichnet hatten, äusserte Liechtenstein zusammen mit den EWR- und EFTA-Partnern Norwegen und Island vor der Unterzeichnung am 11. November die offenen Fragen betreffend das Verhältnis mit den beiden Ländern Tschechien und Slowakei. Die Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei wollten Liechtenstein nicht die volle Souveränität als eigenständiger Staat angedeihen lassen.

Das EWR-Erweiterungsabkommen sieht – in Analogie zum EU-Beitrittsvertrag – eine Reihe von Sonder- und Übergangsbestimmungen für die Integration dieser zehn Länder in den bestehenden Binnenmarkt vor. Die EWR-Staaten Liechtenstein, Norwegen und Is-

land sind nicht Vertragsparteien des EU-Beitrittsvertrages. Jedoch sieht das EWR-Erweiterungsabkommen spezifische Bestimmungen für diese drei Staaten vor. So werden die Beitragszahlungen der drei Staaten wegen des Einbezugs überproportional armer Regionen auf dem Gebiet der neuen EU-Mitglieder auf das Fünffache steigen. Liechtenstein wird also rund 1,5 Millionen Franken pro Jahr bis 2009 bezahlen. Dazu der FBP-Abgeordnete Jürgen Zech: «Am Ende der Beitragsverpflichtung überprüfen die Vertragsparteien, ob aufgrund von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten im EWR weiterhin Unterstützungsbeiträge notwendig sein werden.»

**Auch Vorteile**

Obwohl die Beitragsleistungen massiv steigen, ist es Liechtenstein im Gegenzug möglich, seine im Rahmen des EWR bestehende Sonderlösung beim Personenverkehr zu verlängern und rechtlich entschieden besser zu verankern.

Weitere Vorteile des EWR-Erweiterungsabkommens: Aus wirtschaftlicher Sicht ist festzuhalten, dass die Erweiterung um zehn Staaten den Binnenmarkt enorm erweitert. Dies bedeutet, dass sich für die Exportindustrie und den Finanzdienstleistungssektor neue Absatzmärkte und -chancen ergeben. Des Weiteren wird das Zusammenwachsen Europas im Sinne der verfestigten europäischen Friedensordnung begrüsst.

**Kehrseite der Medaille**

Der FBP-Abgeordnete Jürgen Zech bewertet – wie die Regierung selbst – das EWR-Erweiterungsabkommen aus politischer und wirtschaftlicher Sicht «als grundsätzlich positiv». «Das weitere Zusammenwachsen Europas verstärkt den gemeinsamen Dialog in Europa». Jürgen Zech sieht aber auch die «Kehrseite der Medaille»: «Die

Kehrseite der Medaille wird wahrscheinlich der vermehrte Druck auf dem liechtensteinischen Arbeitsmarkt sein, verursacht durch billigere Temporär-Arbeitskräfte. Diesem Wettbewerb können wir uns nicht entziehen.» Liechtenstein habe sich nach der Volksabstimmung im Jahre 1995 diesem Wettbewerb gestellt und die Herausforderung angenommen, sich in diesem dynamischen Markt zu behaupten.

**Oppositioneller Zuspruch**

Landtagsvizepräsident Peter Wolff (VU) und seine Fraktionskollegin Ingrid Hassler fanden lobende Worte für die Regierung. So begrüßte Wolff, dass die Regierung «sehr gut verhandelt» habe, als es um die neue signifikant verbesserte Personenverkehrslösung ging.

Im positiven Sinne überstrahlte Ausenminister Ernst Walch die Debatte, als er in einem gut zweistündigen Votum sämtliche Mechanismen des EWR und die Folgen der Erweiterung erläuterte.



Der FBP-Abgeordnete Jürgen Zech sieht das EWR-Erweiterungsabkommen positiv, hielt jedoch fest, dass wahrscheinlich ein vermehrter Druck auf dem liechtensteinischen Arbeitsmarkt kommen werde, verursacht durch billigere Temporär-Arbeitskräfte.

ANZEIGE

### Trauring Ausstellung

3. - 27. März 2004

IT'S OUR MOMENT.

Letta UHREN · SCHMUCK  
St. Gallerstrasse 3 · CH-9470 Buchs  
Telefon 081 - 750 56 56 · www.letta-ag.ch